

## 6.16 Demonstrationsrecht und Kommunikation der Beteiligten in Hessen gestärkt

AntragstellerIn: Landesvorstand, Landtagsfraktion

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

### Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 1. Das Demonstrationsrecht, die Presse- und Meinungsfreiheit gehören zu den höchsten Gütern  
2 unserer Demokratie. Sie sind zu Recht grundgesetzlich geschützt. Wir haben unsere Wurzeln in  
3 der Umwelt-, Anti-AKW-, Friedens-, Bürgerrechts-, Frauen-, und anderen sozialen Bewegungen. In  
4 Hessen haben uns gerade auch die Proteste gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens und den  
5 Bau der Startbahn West geprägt. Wie keine andere Partei stehen wir für eine lebendige  
6 Protestkultur, für friedliche, bunte und vielfältige Demonstrationen. Wir erachten auch  
7 bestimmte Formen des zivilen Ungehorsams wie beispielsweise Sitzblockaden als legitimes Mittel  
8 – aber nur dann wenn sie gewaltfrei sind.
- 9 2. Von Anfang an war Gewaltfreiheit einer der Gründungswerte unserer Partei. Joschka Fischer  
10 hat dies vor einigen Jahren in einer Fragestunde des Bundestags so formuliert:  
11 „Ich war militant. Ich habe mit Steinen geworfen. Ich war in Prügeleien mit Polizeibeamten  
12 verwickelt. Ich habe auch Polizeibeamte geschlagen. Ich stehe zu meiner Verantwortung.  
13 Ich war damals kein Demokrat sondern revolutionär, aber mit einem Freiheitsanspruch. Ich habe  
14 damals aber erkannt, wie Gewalt die eigenen Gesichtszüge verzerrt, selbst wenn man meint, sie  
15 aus guten Gründen einsetzen zu können. Das war für mich die entscheidende Erfahrung, wo ich  
16 mich abgewandt habe, innerlich und auch in den politischen Konsequenzen. Ich habe damals  
17 Unrecht getan. Und ich habe mich dafür zu entschuldigen bei allen, die davon betroffen waren.  
18 Dieses habe ich getan und tue ich heute wieder. Ich stehe seitdem für einen Lebensweg, der  
19 bedeutete auch die Integration jener Teile, die damals jung waren. Und ich rede hier nicht von  
20 Jugendsünden, das haben andere getan. Ich war damals bereits im Erwachsenenalter. Aber ich  
21 stehe auch für eine Politik seitdem, die nicht nur Gewaltfreiheit propagiert und durchsetzt,  
22 sondern die vor allen Dingen auch die Hineinentwicklung in die demokratische Grundordnung, und  
23 ich weiß, was dieses bedeutet, denn im Gegensatz zu all den Gerechten, ich musste mich dort  
24 erst hineinentwickeln aus Gründen, die ich jetzt in dieser Antwort nicht darstellen will. Aber  
25 ich habe mich dort aus Überzeugung wirklich zum Demokraten gewandelt und dieses entspricht auch  
26 dem politischen Lebensweg und dem meiner Partei. Und meine Partei hat es von niemandem nötig,  
27 sich hier zu Gewaltfreiheit aufrufen zu lassen. Denn der Schritt zu den Grünen war für mich  
28 entscheidend auch bedingt durch das Bekenntnis zu Demokratie und Gewaltfreiheit.“  
29 (Bundestagsprotokoll)
- 30 3. Das sensible Thema der Wahrung der friedlichen Versammlungsfreiheit war Bestandteil der  
31 Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und Grünen in Hessen. Wörtlich heißt es im  
32 Koalitionsvertrag:  
33 „Wir wollen eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Strafgesetzbuches ergreifen, um den  
34 Schutz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen  
35 Übergriffen zu verbessern.  
36 Um den Bürgerinnen und Bürgern offen gegenüberzutreten und eine eindeutige Identifizierung zu  
37 ermöglichen, werden hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte grundsätzlich ein  
38 Namensschild tragen. Um ihre Sicherheit nicht zu gefährden, haben sie das Recht, ihr  
39 Namensschild gegen eine Nummer zu tauschen.“

40 Den Koalitionsvertrag hat die Landesmitgliederversammlung mit einer deutlichen Zustimmung von  
41 75% beschlossen. Die Fraktion bzw. die Koalition haben die Vereinbarungen des  
42 Koalitionsvertrages in diesen beiden Bereichen umgesetzt:

- 43 • Angehörige der Polizei, die im Einsatz unverhältnismäßig und gewalttätig gegen  
44 Demonstrantinnen und Demonstranten vorgehen, können in Hessen mittlerweile identifiziert  
45 und ggf. angezeigt werden.
- 46 • Im Bundesrat hat Hessen im Gegenzug eine Initiative gestartet, die den tätlichen Angriff,  
47 also eine unmittelbar auf den Körper zielende gewaltsame Einwirkung härter bestraft.  
48 Diese Initiative hat bisher keine Mehrheit gefunden.
- 49 • Für die CDU war das Thema Kennzeichnungspflicht ebenso wenig ein Herzensanliegen wie für  
50 uns der Schutzparagraph. Kompromisse zu finden ist das Wesen einer Koalition und wir  
51 erachten diesen Kompromiss im Gesamtergebnis als richtig.

52 4. Um Lehren gerade aus dem stark kritisierten Polizeieinsatz bei den Blockupy-Protesten 2013  
53 zu ziehen, wurden unter grüner Regierungsbeteiligung außerdem die Deeskalationsarbeit deutlich  
54 gestärkt und die Kommunikationsstrategie überarbeitet. Gerade im Vorfeld der Blockupy-Proteste  
55 im Jahr 2015, aber auch am Tag der Proteste gegen die Eröffnung des Neubaus der EZB, waren die  
56 Anstrengungen der Polizei für die Umsetzung dieser Strategie beachtlich.

57 5. Am Morgen des 18. März 2015 kam es durch eine Minderheit von Demonstrierenden gegen die  
58 Eröffnung des Neubaus der EZB leider zu schrecklichen gewalttätigen Ausschreitungen in der  
59 Frankfurter Innenstadt. Hierbei kam es zu Handlungen und Bildern, die uns nach wie vor  
60 fassungslos machen: Brandsätze, die in besetzte Polizeiautos geworfen wurden, brutale Gewalt  
61 gegen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten sowie Sachbeschädigungen in  
62 hohem Ausmaß. Die Gewalttäter haben nicht nur schwere Straftaten begangen, sondern auch den  
63 legitimen Anliegen der mehrheitlich friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten schwer  
64 geschadet.

65 6. Auch in Anbetracht dieser Vorkommnisse sehen wir in der Deeskalations- und  
66 Kommunikationsstrategie weiterhin die größten Chancen – und zwar für beide Seiten, für die  
67 Demonstrierenden und die Einsatzkräfte. Durch die Deeskalationsstrategie im Vorfeld der  
68 Blockupy-Proteste und das besonnene Vorgehen gegen die gewalttätige Minderheit konnten die  
69 Gewalt eingegrenzt, noch schlimmere Verletzungen verhindert und am Nachmittag auch der  
70 Demonstrationszug der friedlichen Mehrheit durchgeführt werden. In unserer Bewertung dieses  
71 Tages bleibt die Deeskalationsstrategie richtig. Klar ist auch, dass Deeskalation wie an diesem  
72 Tag an ihre Grenzen kommen kann und dann konsequente Schritte zum Schutz der Allgemeinheit  
73 notwendig werden. Wir wollen sowohl die Einsatzkräfte der Polizei und der Rettungsdienste als  
74 auch die Zivilgesellschaft bestmöglich vor gewalttätigen Übergriffen bei Demonstrationen  
75 schützen. Bei Eingriffen in Freiheitsrechte gilt es besonders sensibel abzuwägen. Darüber  
76 wollen wir mit allen Beteiligten im Gespräch bleiben. Nur bei Wahrung der Balance der  
77 berechtigten Anliegen aller Beteiligten erreichen wir am Ende eine friedliche  
78 Demonstrationskultur.

## Begründung

erfolgt mündlich

## Unterstützer\*innen

Jo Dreiseitel (KV Groß-Gerau); Priska Hinz (KV Lahn-Dill)